

„Dann treiben wir die Politiker durchs Dorf“

Glashüttens stellvertretender Bürgermeister Hartmut Wagner tritt verbal gegen Landrat Hermann Hübner nach

GLASHÜTTEN/MISTELGAU
Von Dieter Jenß

Der Streit um die Straßenausbaubeitragssatzung wird immer schärfer. Nachdem Glashüttens stellvertretender Bürgermeister Hartmut Wagner über Landrat Hermann Hübner sagte, dieser reise mit Konzertina und Trachtenjanker durchs Land, statt sich um seine Finanzen zu kümmern, legt Wagner noch mal nach: Falls die Satzung wirklich durchgedrückt werden soll, „treiben wir die Politiker durchs Dorf“.

Bereits vor einigen Tagen erklärte Wagner in einer Fernsehsendung: „Eher friert die Hölle zu, als dass ich einer derartigen Satzung zustimme.“ Auf der Jahresversammlung der Allgemeinen Freien Wählergruppe (AFW) hat sich Wagner neben Hübner jetzt ein zweites Feindbild auserkoren: die Sparkassen.

Diese häuften, so Wagner, riesige Rücklagen von rund einer Milliarde Euro im Jahr an, streiften dazu noch saftige Gebühren ein und zahlten üppige Vorstandsgehälter und hohe Auf-

wandsentschädigungen an die Verwaltungsräte. Dabei hätten sie einen öffentlichen Auftrag und jede für sich hat zu entscheiden, in welcher Höhe Eigenkapital notwendig sei. „Es ist alles ein Skandal“, so der AFW-Vorsitzende. „Da müssen wir auf die Barrikaden gehen, schließlich geht es um die Existenz jedes einzelnen Bürgers.“

Von „erpresserischen Methoden des Landratsamtes“ sprach derweil Glashüttens CSU-Ortsvorsitzender Bruno Heider an anderer Stelle. Heider sagte, alteingesessene Bauernfamilien mit großen Hofflächen müssten zur Begleichung einen Kredit aufnehmen, während auf die Kommunen ein hoher Verwaltungsaufwand zukommen würde, der wiederum mit Einsparungen an anderer Stelle bezahlt werden müsste. So habe die Stadt München die Satzung bereits wieder abgeschafft, weil der Verwaltungsaufwand die Beiträge nahezu aufgezehrt habe. Das Landratsamt, so Heider, versuche, sich die Kommunen und deren gewählte Vertreter mit Zwang und Drohungen gefügig zu machen. „Es stellt

sich die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage das Landratsamt die Kreditaufnahme beispielsweise für einen Kindergarten nicht genehmigen will.“

Die Bürgermeister von Mistelgau und Glashütten, Karl Lappe (WG) und Werner Kaniewski (SPD), haben sich un-

„Eher friert die Hölle zu,
als dass ich dieser
Satzung zustimme.“

Hartmut Wagner
zur Straßenausbaubeitragssatzung

terdessen an den Bayerischen Gemeindetag gewandt. Lappe schreibt: „Auf der einen Seite hat der Staat die Einnahmen aus der Kfz- und Mineralölsteuer, die eigentlich für den Straßenausbau vorgesehen sind, willkürlich zweckentfremdet, auf der anderen Seite sollen die Bürger ihre Straßen nun selbst bezahlen, obwohl sie manchmal selbst kaum darauf fahren.“ Die im Grundgesetz festgelegten gleichwertigen Lebensbedingungen

zwischen Stadt- und Landbevölkerung würden somit drastisch verletzt. „Wir sind sehr verwundert“, so Lappe, „dass der Freistaat seine Bürger abzocken will und gleichzeitig über den Länderfinanzausgleich solche Bundesländer finanziert, die eine Straßenausbaubeitragssatzung weder kennen noch anwenden.“ Lappe fordert in dem Schreiben eine Infrastrukturabgabe für alle Bürger und die Umwandlung des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes in eine rein freiwillige Bestimmung.

Wenige Tage später schrieb Kaniewski dem Gemeindetag, dass die Gemeinde Glashütten „vollumfänglich die Meinung der Nachbargemeinde“ teile. In einem weiteren Schreiben vom 8. Mai an Landrat Hermann Hübner fordert Kaniewski die Streichung des Ortsverschönerungswettbewerbes des Landkreises. Weil dieser zu einem Teil aus Geldern finanziert werde, die die Kommunen über die Kreisumlage an den Kreis zahlten. Gleichzeitig werde den Gemeinden zum Verhängnis, dass sie zu wenig Geld hätten.